

Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 83'773
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 37.24
Abo-Nr.: 1065856
Seite: 4
Fläche: 40'196 mm²

Innovationen lassen sich nicht steuern

Jung-Akademiker diskutieren, wie Umweltpolitik im freien Markt gestaltet werden kann

Von Michael Brey, Vaduz

Prinz Michael von und zu Liechtenstein lässt auf sich warten. Er sei irgendwo zwischen Zürich und Vaduz mit dem Auto stecken geblieben, heisst es. «Dann muss er eben mit seiner Begrüssung warten, bis wir Pause machen», sagt Dominik Galliker. Der promovierte Experimentalphysiker ist Stiftungsrat der Academia Engelberg, einer Denkwerkstatt, die vor zehn Jahren von der Zentralschweizer Regierungskonferenz gegründet wurde. In diesem Jahr lanciert die Academia erstmals ein Pilotprojekt, das zusammen mit dem Europäischen Zentrum zur Förderung der österreichischen Nationalökonomie (ECAEF) an der Universität Liechtenstein in Vaduz durchgeführt wird. In einem eintägigen Seminar will man der Frage nachgehen, wie Umweltpolitik in einem freien Markt gestaltet werden soll und kann.

Die österreichische Schule der Nationalökonomie setzt auf eine Gesellschaftsordnung, die auf Markt und Privateigentum basiert. Die Ordnung sei ein Ergebnis der Evolution und deshalb in seiner Struktur liberal. Die individuelle Marktfreiheit und die Eigentumsrechte werden in der österreichischen Schule höher gewichtet als die politische Demokratie. Prominentester Vertreter der Schule ist der Wirtschafts-Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek (1899–1992). Kurt R. Leube hat intensiv mit von Hayek zusammengearbeitet bis er 1983 an die Stanford University in Kalifornien berufen wurde. Heute leitet Leube das ECAEF.

Mit einem Strauss von philosophischen Fragen eröffnet er das Seminar: «Müssen Regeln zielgerichtet sein? Was ist Gerechtigkeit? Was ist wertvoll? Und wer bestimmt den Wert?»

Eine Frage der Qualität

Die Studenten – das Seminar ist nur



Kritik an der Subventionspraxis. Techniker montieren Fotovoltaikanlage. Foto Key

in der Schweiz nicht das Volk, Amter und Verwaltungen haben hier das sagen. Wolf von Laer ist begeistert. Der Student der Uni Erfurt hat eben den Vernon-Smith-Preis erhalten und ist bekennender Neo-Liberaler. Dennoch entscheidet sich von Laer für das zweite Seminar, das von Heike Walterscheid geleitet wird. Walterscheid ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Ilmenau in Thüringen und seit einiger Zeit auch an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Lörrach. Wirtschaft, so die Professorin, basiert immer auf einem Markt. «Märkte muss man als Kommunikationsplattform begreifen. Hier werden Ressourcen und Informationen gehandelt», erklärt Walterscheid. Die Umwelt sei eine von der Natur bereitgestellte Ressource: «Wasser, Boden oder Luft – es geht immer um die Qualitätsfrage.»

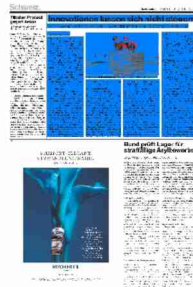
Doch müsse man fragen, wer die Qualität definiere, sagt Walterscheid: «Ist es tatsächlich der mündige Bürger? Oder ist es der Staat? Und auf welcher Wissensbasis wird entschieden?» Die Professorin richtet sich ans Publikum. Man ist sich einig: Über Grenzwerte und umweltpolitische Zielvorgaben befindet

in der Schweiz nicht das Volk, Amter und Verwaltungen haben hier das sagen.

Dann springt der Funke über: «Aber der Staat macht es doch nicht schlecht», sagt ein Student aus Basel, andere pflichten ihm bei. Walterscheid entgegnet: «Ich aber behaupte: Umweltpolitik führt zu Marktversagen.» Auf der Schiefertafel zeichnet die Volkswirtschaftlerin zwei entgegengerichtete Parabeln. «Ein Unternehmen kann entscheiden, ob es eher in politische Lobbyarbeit investieren will oder in technologischen Fortschritt. Die Investition in die Politik bringt oft mehr, denn die Politik ist ein Stimmenmaximierer.» Als Beispiel führt Walterscheid die Subventionspraxis bei Fotovoltaikanlagen an. «Wenn man dank den Zuschüssen, der Einspeisevergütung und den Steuererleichterungen auf eine Rendite von acht Prozent kommt, dann läuft etwas im System falsch.»

Der Fürst vergisst das Wichtigste

Inzwischen ist Seine durchlaucht angekommen. Bestätigend nickt er Walterscheid zu. «Wir müssen den Liberalismus fördern», sagt Prinz Michael von und zu Liechtenstein. «Denn wir sind



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 83'773
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 37.24
Abo-Nr.: 1065856
Seite: 4
Fläche: 40'196 mm²

Weltmeister im Regulieren. Aber mit Regulatorien schaffen wir keine Innovation.» Das Europäischen Zentrum zur Förderung der österreichischen Nationalökonomie sei für ihn eine bereichernde Denkwerkstatt, deren Ansiedlung die ganze Fürstenfamilie begrüsst habe. «Wir müssen wieder Denken lernen, auch Querdenken», sagt Prinz Michael und verweist auf die nächste Gottfried-von-Haberler-Konferenz, die Ende Juni 2012 unter dem Titel «Das Ende des Rechtsstaates» an der Universität Liechtenstein stattfindet.

Und als hätte er die Frage erwartet, greift er mit der Antwort vor: «Ja, wir leben im Fürstentum Liechtenstein eine konstitutionelle Erbmonarchie. Aber das Volk hat per Verfassung das Recht über die Absetzung des Fürsten und über die Beendigung der Monarchie zu befinden.»

Der Prinz vergass allerdings zu sagen, dass das Verfahren zur Beendigung der Monarchie so kompliziert ausgestaltet ist, dass kaum ein Liechtensteiner davon je Gebrauch machen wird.